



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

Zu: „Planungstransparenz für Bürger und Kommunen sicherstellen – Raumordnungsverfahren für 380 kV-Ausbau in Ostholstein durchführen“ (Drucksache 19/3193)

Energiewende durch bürgerfreundlichen Netzausbau sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Um die Ziele der Energiewende zu erreichen ist auch ein verstärkter 380KV-Netzausbau unabdingbar. Dies umfasst auch die Ostküstenleitung, deren vordringlicher Bedarf vom Bundesgesetzgeber festgestellt wurde.

Angesichts der Infrastrukturausbaumaßnahmen in der Region Ostholstein bittet der Landtag den Vorhabenträger sowie die Landesregierung, auch weiterhin Transparenz über den jeweils aktuellen Verfahrensstand sicherzustellen und die Belange der Betroffenen bestmöglich zu berücksichtigen. Der Einsatz von Teilerdverkabelung ist im Rahmen der gesetzlichen Optionen zu prüfen.

Das anstehende Planfeststellungsverfahren, in dem die raumordnerischen Belange zwingend berücksichtigt werden, wird selbstverständlich eine Öffentlichkeitsbeteiligung beinhalten. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass sich die Landesregierung für neue Instrumente der Planungsbeschleunigung offen gezeigt und die Verfahren integriert hat und dass die Vorhabenträgerin eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger im Dialog auch während des Planfeststellungsverfahrens zugesagt hat.

Begründung:

Für den weiteren Zubau erneuerbarer Energien in der Region ist der Ausbau leistungsstarker Stromnetze unabdingbar. Ein wesentlicher Erfolg für die Energiewende ist die Akzeptanz der Bürger vor Ort, die effektive und zeitnahe

Umsetzung von Bauvorhaben und die schnellstmögliche Inbetriebnahme neuer Stromleitungen.

Andreas Hein
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion